



Smy e.V. | Hłowna dróha 9 | D-01920 Njebjelčicy

Offener Brief

An die Mitglieder des Stiftungsrates der
Stiftung für das Sorbische Volk ö. R.

Zur Sitzung am 30. November 2017

**Předsyda/předsedař
dr. Měrcin Wałda**

Vorsitzender: Dr. Martin Walde

035933 30403

martin.walde@gmx.net

Njebjelčicy | Nebelschütz, 27.11.2017

Betreff: Antrag auf Finanzierung der Urwahl einer demokratisch legitimierten Volksvertretung der Sorben und Wenden in Deutschland

Sehr geehrtes Mitglied des Stiftungsrates der Stiftung für das Sorbische Volk,

„Dass unsere Sprache ausstirbt, ist Fakt“. Mit diesen Worten positionierte sich im Jahre 2011 der damals neubestimmte Vorsitzende des Domowina-Dachverbandes bundesweit in seinem Antrittsinterview in der ZEIT.

Man kann diskutieren, ob diese Vision eines unvermeidlichen Untergangs des Kerns der sorbischen Kultur lediglich eine persönliche Meinung oder aus dem Munde des Domowina-Vorsitzenden doch eher eine sich selbsterfüllende Prophezeiung darstellt.

Viele Sorben und Wenden - in allen Teilen der Bevölkerung - teilen diese fatalistische Einschätzung jedoch in keiner Weise. Vielmehr führen sie den tatsächlich in allen Bereichen beobachtbaren Niedergang der sorbischen Alltagskultur zurück auf das Fehlen einer mit echten Kompetenzen ausgestatteten und demokratisch legitimierten sorbischen Volksvertretung, deren Prinzipien die Bundeszentrale für politische Bildung wie folgt beschreibt¹⁾:

„(...) zum Aufgabenspektrum demokratischer Parlamente [gehört], Transparenz und Effizienz zu gewährleisten - also das kommunikative "Öffentlichmachen" von Politik ebenso wie die aktive Regelung gesellschaftlicher Probleme.

(...) Gesamtaufgabe von Parlamenten [ist], Legitimität durch Repräsentation zu erzeugen. Denn die Funktion, die das Parlament von allen anderen Interessenvertretungen unterscheidet, ist die Repräsentation - und zwar verstanden (...) als das Recht und die Pflicht zur (auch für andere) verbindlichen Entscheidung - einer Entscheidung, die im Namen des Volkes geschieht, (...) die Einzel- und Gruppeninteressen aufnimmt und (...) gerade deswegen gemeinwohlorientiert und allgemeinverbindlich sein kann.“

Smy z.t. | Hłowna dróha 9 | D-01920 Njebjelčicy

Smy e.V. | Hauptstraße 9 | 01920 Nebelschütz

www.serbski-sejm.de | www.facebook.com/serbskisejm | info@serbski-sejm.de

Spendenkonto (IBAN): DE48 8555 0000 1002 0309 90

Kreissparkasse Bautzen, BIC: SOLADES1BAT

Die negative Entwicklung der Sprecherzahlen, die sukzessive Reduktion sorbischer Institutionen (Schulen, Lehrpositionen) seit 1990 oder aktuell die drohende administrative Einstellung des Sorbisch-Unterrichtes an vielen Schulen Brandenburgs zeigt, dass die aktuelle politische Repräsentation des sorbischen Volkes durch die Landesparlamente wie derzeit „nebenbei“ in der Praxis eine allgemeinverbindliche Gemeinwohlorientierung nur im Sinne der Mehrheitsbevölkerung bedeutet. Die zwar verfassungsmäßigen Rechte der Sorben auf kulturellen Selbsterhalt und die Weiterentwicklung ihrer Sprache und Kultur (Art 6. sächsische bzw. Art. 25 brandenburgische Verfassung) werden somit faktisch überall dort außer Kraft gesetzt, wo die spezifischen kulturellen Bedürfnisse der Minderheit von denen der Mehrheit abweichen. Ein Kulturverein hat hierauf keinerlei Einfluss.

Dieses prinzipielle repräsentative Dilemma wurde in anderen etablierten Demokratien (u.a. Belgien, Finnland, Italien, Schweden, Ungarn) erkannt und erfolgreich durch die Schaffung von Minderheiten-Parlamenten mit echten Kompetenzen im Bereich Kultur und Bildung aufgelöst. Von der in der Folge ausnahmslos beobachteten Vitalisierung haben nicht zuletzt deutschsprachige Minderheiten sehr profitiert, in der Regel zum Nutzen der Gesamtgesellschaft.

Bereits mehr als 900 engagierte Sorben, darunter viele Domowina-Mitglieder, führende Wissenschaftler, Künstler, Studenten und Unternehmer unterstützen daher öffentlich mit ihrem Namen die Petition zur Schaffung einer demokratisch legitimierten Volksvertretung der Sorben und Wenden (Serbski Sejm), was einer von 1,2 (bzw. 3,6) Millionen deutschen Staatsbürgern getragenen Petition entspricht, wenn man von 60.000 (bzw. 20.000) „aktiven“ Sorben ausgeht.

Völkerrechtlich besitzen die Sorben als autochthones Volk ein unveräußerliches Recht auf innere Selbstbestimmung, aus dem heraus sie jederzeit beschließen können, eine Urwahl abzuhalten. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist über Artikel 25 GG in deutsches Recht inkorporiert. Die Ermittlung demokratisch legitimer Volksvertreter erfolgt gemäß den deutschen Verfassungsprinzipien auf allen Ebenen unseres Staates durch allgemeine, freie Wahlen (Artikel 20 GG).

Die Stiftung für das sorbische Volk ist die einzige Instanz in Deutschland, mit der spezifisch sorbische Belange institutionell finanziert werden. Die Finanzierung der Urwahl zum sorbischen Vorparlament – das dem Verfassungsziel eines verbesserten kulturellen Selbsterhalts der Sorben und Wenden dienen soll – ist damit originäre Aufgabe der Stiftung, auch wenn solches in ihrer derzeitigen Satzung nicht explizit erwähnt wird.

Ein ablehnender Entscheid wäre daher gleichbedeutend mit der Aussage, dass der einzige öffentliche Finanzierungsträger explizit sorbischer Anliegen - und damit der Staat und die Bundesländer - die Bestimmung eines legitimierten Vertretungsorgans des Teilstaatsvolkes der Sorben mittels demokratischer Wahlen nicht unterstützt bzw. nicht wünscht, im Widerspruch zu völkerrechtlichen und deutschen Verfassungsprinzipien.

Der traditionell als „Interessenvertretung der Sorben“ auftretende Domowina-Dachverband kann die fehlende politische Repräsentation des sorbischen Volkes in Deutschland weder formal noch inhaltlich ersetzen.

Aus formalen Gründen, da ein Verein – ungeachtet vorgetragener Mitgliederzahlen - nur befugt ist, die Interessen seiner Mitglieder zu vertreten und lediglich für diese sprechen kann (Beispiel: der ADAC). Die von der Domowina-Führung stets kolportierte Behauptung „die Sorben wollen kein Parlament“ ist daher anmaßend und angesichts hunderter Petitionsunterstützer, darunter nachweislich vieler Domowina-Mitglieder, abwegig. Im Gegenteil fragen uns die Menschen „Wann geht es endlich los?“ Tatsächlich ist die weit überwiegende Mehrzahl der Sorben in keinem der Domowina-Vereine Mitglied. Ein Verein aber, dem nur eine Minderheit des Volkes angehört, kann – auch durch vereinsinterne Wahlen - keine gemeinwohlorientierte Willensbildung und für die Mehrheit verbindliche Entscheidungsfindung im Sinne einer politischen Repräsentation leisten.

Gleichwohl lehnt die Domowina-Führung bekanntermaßen allgemeine Wahlen des sorbischen Volkes vehement ab und versucht seit Jahren systematisch – unter Ausnutzung ihres privilegierten Zugangs zu politischen Verantwortungsträgern und Medien - die Schaffung einer wirksamen politischen Repräsentation mit allen Mitteln zu verhindern. Das von Seiten der (zumeist vom Dachverband benannten) sorbischen Vertreter im Stiftungsrat bereits angekündigte negative Abstimmungsverhalten zur Wahlfinanzierung illustriert das aktuelle Defizit an Repräsentation und Demokratie anschaulich.

Über die Gründe ihrer Ablehnung demokratischer Wahlen verweigert die Domowina-Führung jede direkte Diskussion mit der Demokratiebewegung, behauptet jedoch manipulativ in der Öffentlichkeit gern das Gegenteil. Es liegt nahe, dass eine pluralistisch zusammengesetzte Volksvertretung bisherige - argumentativ kaum begründbare - Privilegien des Dachverbandes in Frage stellen könnte und dass deshalb jedwede Diskussion präventiv unterbunden werden soll.

Die Teilnahme an den geplanten allgemeinen und freien Wahlen steht allen bekennenden Sorben und Sorbinnen offen. Selbstverständlich besitzen damit Domowina-Angehörige das aktive und passive Wahlrecht und können sich somit gleichberechtigt – nicht aber privilegiert - am gesamtsorbischen demokratischen Verfahren beteiligen und ihre Positionen nach Maßgabe der Unterstützung durch die Wähler vertreten.

Bei Ihrer persönlichen Meinungsbildung zur Frage der Gewährung einer Finanzierung aus Mitteln der Stiftung für das Sorbische Volk zur Durchführung von Wahlen einer demokratisch legitimierten Volksvertretung der Sorben und Wenden bitten wir Sie daher, die folgenden Punkte zu bedenken:

- Das geplante Parlament soll ehrenamtlich arbeiten.
- Der benötigte Kostenrahmen für die Wahlen ist abhängig von der tatsächlichen Wahlbeteiligung. Bei geschätzten 2.000 – 5.000 Wählern wären die benötigten Finanzmittel substantiell geringer als beantragt. Bei staatlicher Unterstützung durch die Meldeämter kann der benötigte Finanzbedarf weiter auf wenige 10.000 € reduziert werden.
- Bereits etwa ein Drittel aller Domowina-Mitglieder hat die Petition zur Schaffung einer demokratisch legitimierten Volksvertretung der Wenden und Sorben unterzeichnet. Da der Verband traditionell multiple Mitgliedschaften in mehreren

Vereinen jeweils einzeln berücksichtigt, entsprechen lediglich ungefähr 2 - 3.000 natürliche Personen den von der Domowina-Führung derzeit mit 7.000 angegebenen Mitgliedern.

- Die hauptamtlichen Funktionäre und Angestellten der Domowina-Führung werden nicht wie bei Interessenvertretungen üblich von Ihren Mitgliedern, sondern über die Stiftung direkt aus staatlichen Mitteln bezahlt. Die Ablehnung demokratischer Wahlen und die Blockade der innersorbischen Diskussion durch staatlich bezahlte Funktionäre erscheinen aus Steuerzahlersicht und demokratietheoretisch höchst fragwürdig.
- Die staatliche Forderung „die Sorben müssten sich in Bezug auf Ihre politische Vertretung erst einmal selbst einigen“ kann nur im Rahmen eines durch allgemeine Wahlen legitimierten Gremiums realisiert werden. Eine Positionierung des Stiftungsrates gegen die Finanzierung einer Wahl stellte eine einseitige staatliche Parteinahme zugunsten einer demokratisch nicht legitimierten Vertretungsregelung dar, die aus regierungspraktischer Sicht möglicherweise als „bewährt“ erscheint, die sich objektiv jedoch als nicht geeignet erwiesen hat, die Verfassungsgarantien zu Erhalt und Entwicklung der sorbischen Sprache und Kultur zu verwirklichen, wie der Domowina-Vorsitzende bereits 2011 in der ZEIT einschätzte.
- Die sorbische Demokratiebewegung ist ein Musterbeispiel bürgerlichen Engagements für das Gemeinwohl. Sie verfolgt ein anspruchsvolles kulturpolitisches Ziel und hat mit bisher ausschließlich privaten Mitteln eine gesamtgesellschaftliche Diskussion zur demokratischen Erneuerung angestoßen. Es wäre ein fatales politisches Signal - nicht nur für Sachsen und Brandenburg - wenn der Staat solches demokratisches Engagement nicht unterstützte, sondern das bestehende Demokratiedefizit im sorbischen Teilstaatsvolk, das strukturell aus Vorwendezeiten herrührt, festschriebe. Systematische Frustration engagierter Bürger und eine Zunahme der Demokratieverdrossenheit wären die Folge.
- Die Existenz des sorbischen Volkes als lebendige Kulturnation in Deutschland ist aufgrund der speziellen interkulturellen und intellektuellen Kompetenzen der Sorben gesamtgesellschaftlich ein Mehrwert. Ihr kultureller Untergang wäre kein Gewinn für Deutschland.

Als deutsche Staatsbürger gehen wir davon aus, dass die Artikel 20 GG, sowie die Artikel 6 der sächsischen bzw. Artikel 25 der brandenburgischen Verfassung die Grundlage eines Wahlrechtes der Sorben gemäß dem in Artikel 25 GG in deutsches Recht inkorporierten Völkerrecht darstellt, wie von führenden Verfassungs- und Völkerrechtsjuristen festgestellt wurde.

Wir bitten Sie daher, mit Ihrer Stimme die Bereitstellung der für die Wahlen benötigten Finanzmittel aus den Mitteln der Stiftung zu unterstützen und damit die innere Selbstorganisation des Sorbischen Volkes nach demokratischen Grundsätzen zu ermöglichen. Als Teilstaatsvolk der Bundesrepublik Deutschland sind wir entschlossen, unsere ererbte Sprache und Kultur entsprechend verfassungsmäßigen Grundsätzen unseres Staates in kultureller Selbstbestimmung zu erhalten, zu erneuern und zum gemeinschaftlichen Nutzen aller in Deutschland einzusetzen.

Wir danken Ihnen für die ernsthafte Erwägung der hier vorgebrachten Argumente.

Zu Ihrer weitergehenden Information übersenden wir Ihnen im Anhang den vor kurzem vorgestellten 7-Punkte-Plan zum Serbski Sejm, die Beschreibung der "Gemeinschaft der Sorben und Wenden K.ö.R." sowie Eckpunkte zum Wahlmodus.

Z přećelnym postrowom,

Z psijaznym póstrowom,

Mit freundlichen Grüßen,



Dr. Měrćin Wałda



Dr. Andreas Kluge



Hanzo Wyllem-Kell



Dr. Měrćin Schneider-Krawc

Anlagen:

- Pressemappe mit dem 7-Punkte-Plan zum Serbski Sejm, Beschreibung der „Gemeinschaft der Sorben und Wenden K.ö.R.“ und den Eckpunkten zum Wahlmodus (deutsche Ausführung)

¹⁾ <http://www.bpb.de/izpb/8377/die-logik-der-parlamentarischen-demokratie?p=all>